

An die
Staatsanwaltschaft Wien
Landesgerichtsstraße 11
1080 Wien

Einschreiter: Dr. Hans-Peter Martin
Abgeordneter zum Europäischen Parlament
Böcklinstraße 90
A-1020 Wien
Österreich

Beschuldigter: unbekannte Täter

Wegen: Verdacht nach § 307 StGB

Sachverhaltsdarstellung

Der Einschreiter bringt der Staatsanwaltschaft Wien nachstehenden Sachverhalt zur Kenntnis und ersucht um Beurteilung in strafrechtlicher Hinsicht:

In den vergangenen Tagen wurden in verschiedenen Medien Details über Geschäfte des STRABAG Firmenkonsortiums in Ungarn berichtet, aus denen sich der Verdacht einer möglichen Erfüllung des Straftatbestandes nach § 307 Abs 1 Z 6 StGB aF ergibt. Anzumerken ist, dass § 307 StGB per 1.1.2008 geändert, und in der neueren Fassung weiter gefasst wurde als zuvor. Es ist daher davon auszugehen, dass auf die gegenständlichen Sachverhalte, welche sich im Zeitraum 2003-2005 zugetragen haben, gem. § 61 StGB die alte Fassung des § 307 Abs 1 Z 6 StGB anzuwenden ist.

Dokumente und Unterlagen zu den medial berichteten Vorwürfen wurden auf der Internetseite www.lif-transparent.org im Faksimile veröffentlicht. Ob diese Dokumente Abbildungen von Originalen darstellen, oder ob es sich dabei – wie von einigen Personen behauptet wurde – um Fälschungen handelt, wird von der Staatsanwaltschaft zu erheben sein.

Aufgrund dieser Dokumente ergibt sich jedoch das folgende Bild:

1. Beteiligte Firmen und Vereine

Am 5.2.2003 wurde die „EUROCONTACT Public Affairs – Aczel & Zach OEG“, FN 231962x gegründet. Unbeschränkt haftende Gesellschafter waren Zoltan Aczel und Alexander Zach.

Die Firma wurde per Einbringungsvertrag vom 25.11.2004 in die neue EUROCONTACT Public Affairs GmbH, FN 258177y eingebracht. Dieser Vorgang wurde per 15.6.2005 im Firmenbuch eingetragen. Gesellschafter und Geschäftsführer waren bis 3.1.2006 wiederum Alexander Zach und Zoltan Aczel. Per 3.1.2006 schied Alexander Zach aus dem Unternehmen aus.

Laut Firmenbuch war Zoltan Aczel ab 12.4.2002 gemeinsam mit Alexander Zach und Peter Michael Doralt Vorstand der „Liberales Institut – gemeinnützige Privatstiftung“ (FN 152655v), und zwar bis zur Löschung der Stiftung am 31.1.2006 (gem. Vorstandsbeschluss vom 6.2.2004).

Parallel dazu wurde 2002 auch ein Verein „Liberales Institut“ gegründet (ZVR 160612930). Alexander Zach ist Obmann dieses Vereins.

Weiters existieren Dokumente eines Vereins „Pro Demokracia – Verein zur Förderung der Demokratie in Ungarn“ mit Sitz in Wien, dessen Obmann im Jahr 2005 offenbar David Loidolt

war.

Seit 2002 bestand ein Vertrag zwischen der Firma EURO:CONTACT und dem STRABAG Konzern über Beratungs- bzw. PR-Tätigkeiten in Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern.

2. Zahlungen an ungarische Parteien bzw. Politiker und Kontakte mit diesen

a) Gabor Kuncze / SZDSZ

Am 5.11.2003 kam es in Wien zu einem offenbar von EURO:CONTACT vermittelten Treffen von Gabor Kuncze, dem Parteivorsitzenden der ungarischen Liberaldemokraten (SZDSZ) mit den Vorstandsmitgliedern des STRABAG Konzerns Hans-Peter Haselsteiner und Roland Jurecka. Laut einem Memo vom selben Tag (ANHANG 1) ging es dabei insbesondere um das Straßenbauprojekt der Autobahn M5 in Ungarn. Dabei wurden die Pläne der ungarischen Regierung sowie die Interessen der STRABAG im Detail erörtert.

In engem zeitlichem Zusammenhang, nämlich am 24.11.2003, überwies das Liberale Institut € 93.000 an die SZDSZ (ANHANG 2), wofür sich Gabor Kuncze in einem Brief vom 27.11.2003 (ANHANG 3) als „großzügige Spende“ bedankte. Ob es sich hier um den Verein Liberales Institut oder um die Privatstiftung handelt steht nicht fest, aufgrund der Adresse im Überweisungsbeleg sowie aufgrund von öffentlichen Aussagen des Alexander Zach ist jedoch davon auszugehen, dass der Verein die Zahlung leistete.

b) Istvan Csillag / SZDSZ

Aufgrund eines Memos der Fa. EURO:CONTACT, verfasst von Alexander Zach, "STRABAG - Vorbereitung für das Treffen am 5.1.2004", (ANHANG 4) telefonierte Alexander Zach am 26.12.2003 (offenbar ein Tippfehler war „2004“) mit dem ungarischen Wirtschaftsminister, einem Mitglied der SZDSZ, Istvan Csillag betreffend eines vereinbarten Vertrages bzw. Memorandums zwischen Roland Jurecka (Vorstandsmitglied des STRABAG Konzerns) und einem Staatssekretär. Inhaltlich sollte ein Angebot der STRABAG nachgebessert werden, um gleiche Konditionen wie ein Gegenangebot bieten zu können. Wie sich aus weiteren Erläuterungen in diesem Memo ergibt, betraf auch diese Übereinkunft offenbar das Autobahnprojekt M5.

c) Laszlo Matyi, Laszlo Puch und andere

In einem Memo der Fa. EURO:CONTACT, "Gespräch mit Minister Csillag am 9.1.2004", (ANHANG 5) an Hans Peter Haselsteiner findet sich folgende Passage:

Nachdem ich von Herrn Jurecka an der ungar. Grenze über das Gespräch mit Minister Csillag

(Deutsche Bank, AKA Aktionäre, u.a.) unterrichtet wurde, bat er mich, über folgende Themen mit Herrn Csillag bzw. Matyi, Kuncze bzw. am 15.1 mit Herrn Puch zu sprechen:

Sonderevereinbarungen: alle Herren sind der Auffassung, daß das bereits Vereinbarte unter gar keinen Umständen von Herrn Barta bzw. Demjan aufgemacht werden darf, da man langfristig mit „uns“ rechnen möchten. Die 11 werden zwischen den Koalitionsparteien als 8 + 3 aufgeteilt somit wurde mir auch die ca. 1/3:2/3 Aufteilung bestätigt und ergänzt. Ein Wunsch der Herren ist, daß die Fa. Arcadom unter gar keinen Umständen eine „Straßenbaufirma“ werden darf. Herr Puch benannte mir die von ihm gewünschte Konstruktion bzw. Firma und Person (sehr abweichend von Barthas Version, denn es sollten nach Puchs Wunsch keine Baufirmen sein). Herr Matyi tat das selbe. Beide Herren sind der Auffassung, dass falls die AKA das Gefühl hat Herrn Bartha für die Vermittlung ein Honorar überweisen zu wollen, ist das eine eigene Angelegenheit und baten mich Ihnen zu sagen, dass sie das unter gar keinen Umständen vermischen wollen.

Laszlo Matyi war der Kassier der SZDSZ, Laszlo Puch der Kassier der sozialdemokratischen MSZP. Puch war zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im ungarischen Parlament. Seit 2008 ist Puch Staatssekretär im Transportministerium.

Sandor Demjan ist ein einflussreicher ungarischer Geschäftsmann, Ferenc Bartha sein Stellvertreter im Immobilienkonzern Trigranit.

Im Hinblick auf die Zahl „11“ und die gewünschte Aufteilung auf die Koalitionsparteien im Verhältnis „8 + 3“ (Anmerkung: zum damaligen Zeitpunkt bildeten MSZP und SZDSZ eine Regierungskoalition), ist auf ein weiteres Gesprächsmemo der Firma EURO:CONTACT vom 15.2.2004 (ANHANG 6) zu verweisen, in dem sich folgende Textpassagen finden (vgl. insb. die unterstrichene Passage über „€ 11 Millionen“):

M 5

Am Montag am Abend hieß es, daß die MSZP sich für den 100% Auskauf entschieden hat. Ich stand zwischen Donnerstag, als die MOU zwischen der AKA und der Republik unterschrieben wurde, mit MSZP / SZDSZ, Csillag und Jurecka in ständigen Kontakt. Jurecka hat mit eindeutig die Losung ausgegeben, die 40% Variante ist gewünscht. Das gipfelte darin daß Jurecka und ich am Montag in der Nacht noch um halb Eins telefoniert haben. Csillag und Puch haben sich sogar bei mir bedankt, da ich Ihnen geholfen habe unsere Papiere zu verstehen und sie gegenüber Medgyessy zu argumentieren. Die Problematik wurde aufgrund der Tatsache entschieden, daß so die Republik nicht auf der M 5 sitzenbleibt wodurch das Budgetloch sich noch vergrößern würde (was auf dem neuen Finanzminister wirkte) und nur so die politischen Ziele zu verwirklichen waren.

Offene Projekte für STRABAG

M 5 – Gesamtvolumen € 356 Millionen – davon € 11 Millionen vereinbart (€ 15 Millionen = 4,3% der Gesamtvolumen) – Lage vor Vertragsunterzeichnung

Krankenhaus – Gesamtvolumen € 17,7 Millionen – davon 5% = € 885.000 – geht zum Verhältnis 2:2:1 – Nur die von uns benannten Firmen sind durch die PQ

Autobahnen – Größenordnung für das Gesamtvolumen sind € 193 Millionen – davon 3,5% = € 6,7 Millionen – Nur die von uns benannten Firmen sind durch die PQ

U-Bahn Renovierung – Größenordnung € 25 Millionen aber zur Zeit noch offen!

U-Bahn Neubau – Zur Zeit noch offen!

Die Liberalen im Bund haben mir vorgeschlagen, daß das Geld bei mir in eine GmbH geparkt wird, und von mir als Geschäftsführer kontrolliert wird.

Die Stadtparteien haben bereits jetzt zugestimmt, daß das Geld über den Verein direkt in die Parteien fließen. (Causa Krankenhaus)

Appelshofer – würde sich freuen, wenn er mir bei den Autobahnen eine Erfolgsprovision auszahlen könnte und ich für die weitere Vorgangsweise Sorge.

Ist Zustand – Gelder für die Autobahnen werden über Baufirmen ausgezahlt –
Puch ist – wie er mir sagte unzufrieden und wollte das Geld bereits umleiten.

Aufgabe ist, daß man Puch sagt:

daß STRABAG das Geld über mich auszahlen möchte, da bereits ein langes
Vertragsverhältnis besteht und so die Angelegenheit glaubwürdig und sicher ausbezahlt
werden kann.

Weiters besteht durch uns die Möglichkeit ein Teil direkt in die Parteien zu spenden.

Was ich noch zu klären ist:

Über welche Kanäle verfügt STRABAG?

Wer zahlt aus? AKA, STRABAG?

Wo kann uns STRABAG auszahlen? Ungarn, Österreich, Schweiz, Slowakei?

Wohin kann mir der Auftraggeber überweisen. Fakt ist, daß ein Vertragsverhältnis seit
1.10.2002 zwischen STRABAG und der OEG besteht.

Slowakei mit 19% Besteuerung?

Kann die im Vertragsverhältnis stehende OEG eine Firma in einem Niedrigsteuerland als
Begünstigter für die Provisionsauszahlungen benennen?

Argumentationspapier

Argumentationspapier für Kuncze / Csillag warum die Km Preise für Autobahnen so stark
von den Preisen in anderen CEE Staaten abweichen. Lohnniveau?

Demján

Er fragte mich, ob ich weiß wer die Franzosen nach der Vereinbarung zwischen Ihnen und
ihm zurückbrachte, denn er darüber sehr verstimmt, daß man am 5.1. etwas vereinbart
hat aber nicht eingehalten hat – wie er sagt. Wenn wir die Frage beantworten können
und / oder wollen, sollten Sie, meiner Meinung nach Demján unter 4 Augen (ohne
Bartha!) treffen. Demján wäre für die STRABAG strategisch nicht unklug, denn seine
Arme reichen tief in die FIDESZ hinein. Wichtig ist noch, daß er hat keine
Straßenbaufirma er hatte sich mit PORR / Vegyészter verbündet! Die M6 wurde ihm
NICHT versprochen.

Matyi / Puch

Auszahlungen – Soll Matyi auch am Dienstag dabei sein?

Matyi bzw. Kuncze haben mir mitgeteilt, daß SZDSZ von den Geldern bei der
Umschuldung (Peziner) nichts bekommen hat und möchte Wissen wie das Geld
geflossen ist?

Wettbewerbsbehörde

Wettbewerbsbehörde

Ich möchte Sie kurz informieren, dass mir gestern in Gesprächen mit Herrn Puch und Herr
Matyi mitgeteilt wurde, dass eine Verurteilung in der Causa Bartok Béla ut unvermeidlich
ist.

Herr Puch hat mich ausdrücklich gebeten mitzuteilen, dass noch versucht wird (am
Donnerstag), das Strafmaß um etwa 30% zu mindern UND es wird dem
Rechtshilfeersuchen der EU nicht folge geleistet. Puch sagte mir: „bezahlt den Strafmaß
solange wir noch nicht bei der EU sind“.

Ich denke, in der Causa ist die Politik nicht gewollt bzw. nicht fähig, uns zu unterstützen.
Oberlechner hat mich am Freitag angerufen, daß er (ich) darüber mit Puch reden soll.
Vorschlag unsererseits: eine Pauschalverurteilung für alle Verfahren vor dem EU Beitritt
und wir lassen das Verfahren gegen Vegyészter auch fallen.

Es werden damit ausdrücklich „Vereinbarungen“ über die Zahlung von großen Beträgen an
drei ungarische Parteien (MSZP, SZDSZ, FIDESZ) erwähnt, und zwar jeweils im
Zusammenhang mit bestimmten Bauprojekten. Überlegt wird, auf welchem Weg diese
Beträge am besten zu bezahlen sind.

Bemerkenswert ist auch, dass in Gesprächen mit führenden Parteienvertretern nicht nur der Stand in einem gegen den STRABAG Konzern laufenden Wettbewerbsverfahren erörtert wurde, sondern dass auch besprochen wurde, wie die Auswirkungen daraus auf den Konzern möglichst gering zu halten wären.

Weiteres schrieb Zoltan Aczel für die Fa. EURO:CONTACT einen Brief an Hans-Peter Haselsteiner, (ANHANG 7), in welchem insbesondere folgende Passagen bemerkenswert erscheinen (Hervorhebung durch Unterstreichung):

M 6 – Autobahn in Konzession

Da 100 Kilometer der M6 ein Teil der europäischen Nord-Süd Route vom slowakischen Zilina bis zur Adria sein wird, bekommt Ungarn etwa eine Milliarde Euro von der Europäischen Union.

Ich halte eine verstärkte und enge Zusammenarbeit mit Vegyész aus politisch/strategischen Überlegungen für sehr sinnvoll. Die Koalitionsparteien wußten bereits über unsere Bemühungen und sowohl SZDSZ (Csillag und Kuncze) als auch die Sozialisten (Puch) haben kein Bedenken in der Causa. (Die haben ja Vegyész zurückgeholt). Man riet uns, daß wir bei einer eventuellen Zusammenarbeit „die Fahne tragen“ und nicht Vegyész.

Zu der Problematik mit Demján möchte ich ein sehr wichtiges Detail erwähnen: Matyi hat mir erzählt, daß Demján in der Causa M6 sich mit der Porr zusammenschließt (er weiß das von dem jungen Mécs, der als einer der engsten Vertrauten von Demján gilt). Ich halte diese Information für überaus authentisch und schlage noch immer vor, daß SIE sich – ohne Bartha! – mit Demján treffen und sich unter vier Augen aussprechen (Diese Information habe ich Herrn Jurecka bereits mitgeteilt).

Autobahnen in Ungarn

Wie schon bei drei früheren Ausschreibungen wurden auch jetzt bei den Umfahrungen der M3 bei Nyiregyháza und der M35 bei Debrecen nur Unternehmen mit ungarischen Referenzen im Autobahnbau in der ersten Runde für geeignet befunden.

Also sind in der zweiten Runde die Betonút Rt., die Hidépitő Rt., die Strabag Rt., die Egút Rt. und die Muttergesellschaft der Mota Hungaria Rt., die portugiesische Mota Engil vertreten. Die slowakische Firma Inzinierski AS, die sich für den Ausbau der M3 beworben hat, konnte die Eigenkapitalauflage von 10% nicht erbringen, die österreichische Habau hatte ähnliche Probleme und konnte auch keine Referenzen im Autobahnbau vorweisen.

Die deutsche Walter Heilit GmbH hat die geforderte Kreditabsichtserklärung über Minimum 1 Milliarde Euro von einer Bank nicht hinzugefügt. Und die griechische Aktor SA hat Unterlagen für eine andere Autobahnausschreibung für die M3 eingereicht.

Für den Ausbau der M35 haben sich die Inzinierski AS, die Habau und Walter Heilit ebenfalls beworben. Die Nationale Autobahngesellschaft (NA) befand sie aus den selben Gründen wie bei der anderen Ausschreibung für ungeeignet. Die Übergabe des Arbeitsfeldes der beiden Ausschreibungen plant die NA für Juni und die Fertigstellung des Baus für März 2006.

Von den acht von der NA im Dezember letzten Jahres ausgeschriebenen Autobahn- oder Hauptstraßen Bauaufträge (darüber haben wir uns mit Herrn Csillag in Wien unterhalten) wurden drei bereits vergeben. Es kamen dabei jeweils nur Firmen, die bereits Referenzen in Ungarn haben, in die zweite Runde.

Von den ausländischen Bewerbern haben die russische Engeocom, die österreichischen Unternehmen Habau und Porr, die tschechische Skanska DS, Aktor und Inzinierski AS mangelhafte Bewerbungen abgegeben, während Walter-Heilit dies nach Ablauf der Frist tat. Jetzt hat die NA erstmals auch Referenzen von nicht in Ungarn gebauten Autobahnen akzeptiert, um den Wettbewerb zu erhöhen und den Preis zu drücken.

Für die acht, insgesamt 166 Kilometer langen, Autobahnstücke und die nördliche Brücke der M0 (die dazugehörige Ausschreibung ist noch dieses Jahr geplant) können die Kosten 400 Milliarden Forint betragen.

Ich denke, daß hier unsere Bemühungen in unserem Sinne erfolgreich sind und weiter erfolgreich bleiben können.

Herr Csillag möchte in den nächsten Monaten (noch vor dem Sommer,) bezüglich der Baupreise (Fax!) eine offizielle Untersuchung einleiten. Ich denke, dass man uns in dieser Angelegenheit – falls es notwendig wäre – zuhört.

M 5 - Autobahn in Konzession

In der Causa M5 hat sich Wirtschaftsminister Csillag ganz in unserem Interesse durchgesetzt (STRABAG bleibt weiterhin Miteigentümer neben dem neuen Shareholder die Republik Ungarn und baut innerhalb der Konzession die Autobahn fertig), gegenüber dem Ministerpräsidenten und seinen ehemaligen Kabinettschef und nunmehrigen Finanzminister durchgesetzt. Die Neubautrecke

Kiskunfélegyháza-Szeged soll bis zum 31.12.2005 gebaut werden. Im Sinne der Vereinbarung soll der Ausbau der Autobahn nach den geltenden Konzessionsverträgen nach den Preisen von 2004 um etwa 365 Millionen Euro realisiert werden.

Herr Minister Csillag ist uns für unsere Hilfe sehr dankbar (man könnte sagen, daß wir seinen Sessel gerettet haben, da Herr Jurecka und ich in kritischen Situationen – im Gegensatz zu den Franzosen – immer ein offenes Ohr für ihn und seine Probleme hatten. Ich denke, daß wir zur Zeit gute Karten haben in der Durchsetzung anderweitiger Interessen wie z.B. Zementfabrik, Wettbewerbsbehörde, Autobahnen,

[...]

Wettbewerbsbehörde

Es ist leider – wie erwartet – zu einer Verurteilung in der Höhe von ca. 160 Mio. HUF gekommen. Ich werde am Dienstag, den 23.3.2004 Herrn Puch treffen und ihm zuhören. Die Idee mit der Amnestie ist (noch) nicht vom Tisch.

Daraus ergibt sich einerseits, dass in Ausschreibungsverfahren die STRABAG offensichtlich vorinformiert wurde, weiters dass SZDSZ-Wirtschaftsminister Csillag die Interessen der STRABAG „durchsetzte“ und andererseits der STRABAG sehr „dankbar“ ist, und dass schließlich hinsichtlich der offenbar unvermeidlichen Verurteilung in einem Wettbewerbsverfahren mit führenden Politikern eine Amnestie erörtert wird.

Aus einem Memo von Zoltan Aczel vom 7.5.2004 (ANHANG 9) samt handschriftlichen Anmerkungen ergeben sich folgende Passagen:

	Bisher	Offen
Vögel	404,617/1,6184	86.987/0384
Blumen	1.076.709/43,0683	492.393/1,9695
	Unterwegs sind etwa 100	

Was kommt:

- Etwa 2,7 bis 3 Mrd. (~12 Mio) Teilung 2:1 – Leistung Jän.05 – Abschluss der Verträge etwa Ende 06.04. –
- 1,375 Mrd. – (5,5 Mio.) Teilung 70:30 – Leistung bis Ende 2005 (11 Mio...)
- 180 Mio. (~ 0,8) – Teilung 2:2:1 – Leistung im Jahr 2005 – Vertrag bereits OK
- 90 Mio. (~0,4) – Teilung 50 : 50 – Leistung im Sommer 2004 – Vertrag bereits OK

Die „Vögel“ finden sich im Parteiwappen der ungarischen Sozialisten (MSZP), die „Blumen“ in dem der Liberalen (SZDSZ).

In einem Protokoll, "STRABAG - Gespräche mit Herrn Bodnar (NA Rt.) Puch, Matyi, Elekes (Metrober), Sornlyodi bzw. Mesterhazi am 12 und 13.05.2004", (ANHANG 10), schreibt Alexander Zach:

„STRABAG – Gespräche mit Herrn Bodnár (NA Rt.), Puch, Matyi, Elekes (Metrober), Somlyodi bzw. Mesterházi am 12 und 13.05.2004“

M 6

Am Montag, den 17.5 entscheidet die Bewertungskommission endgültig über die ersten drei für die Angebotslegung in Form eines Vertrages. Spätestens in der 3 Maiwoche (vielleicht schon früher) wird Minister Csillag die ersten drei für die Angebotslegung bekannt geben. Am 28. Juni wird dann derjenige ausgewählt, mit dem man dann exklusiv verhandelt.

Stand. Freitag 13.5.2004

Technische Bewertung (45 %) –

Porr
Vinci
STRABAG
Motta
Finanzielle Bewertung (45 %) –
Motta
STRABAG
Vinci
Porr
Rechtliche Bewertung (10 %) –
Porr
Vinci
STRABAG
Motta

Bodnár wird sich sehr stark am Montag dafür einsetzen, daß Porr/Switelsky rausfliegen. Einer der Gründe ist die fehlende Handschlagsqualität der Switelsky bei der B 4 und, daß die Tochterfirmen nie in Ungarn einer Km. Autobahn gebaut haben, was nach Meinung von Herr Bodnár dazu führt, daß diese Firmen Geräte, etc nach Ungarn verlegen müssen, was eine Verzögerung von zwei Monaten bedeutet.

Nach Meinung Herr Bodnárs spielen bei der Entscheidung der Regierung in erster Linie die Finanzen eine entscheidende Rolle. Dort sollten auch die „availability payments“ bis 2010 sehr günstig sein, denn wenn man das Gesetz für Autobahnprojekte anschaut ist für 2005 - 327 Mrd. HUF, für 2006 – 347 Mrd. HUF, für 2007 – 415 Mrd. HUF, angedacht. Die Regierung möchte aber spätestens 2010 in Eurozone aufgenommen werden und alles dafür tun, das Defizit unter 3% drücken zu können. Nach Meinung Bodnárs kann man dann argumentieren, daß sich mit der „wahrscheinlichen Euro Einführung und den verbesserten wirtschaftlichen Daten sich vieles ändern wird“.
Wichtig: Ich werde mit Herrn Csillag auch darüber reden. bzw. mit Herrn Kuncze der HPH versprochen hat, die Problematik M6 mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu klären.
Ein Problem am Rande: unsere französischen Konsortiumsteilnehmer sollen sich den ungarischen Gesetzten bezüglich Übersetzungen anpassen.

[...]

Bezüglich Wettbewerbsbehörde meinte man, daß es einen Unterschied zwischen vor und nach einem Wahlkampf gibt.

Wettbewerbsbehörde
Mit meiner Lobbying-Arbeit wird die Strafe von, 2,2 Mrd. HUF auf unter 500 Mio. HUF gesenkt. Ein Gesetz, für die Umgehung des Verbotes an teilnahmen an öffentlichen Ausschreibungen wird – wie mir berichtet – ausgearbeitet.

Wieder ergibt sich somit eine Vorinformation über Wettbewerbsverfahren, sowie die Einflussnahme auf ein Wettbewerbsverfahren und ein neues Gesetz, um ein Verbot der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu umgehen.

Schließlich ergibt sich aus Briefen der Bauholding STRABAG vom 4.4.2005 (ANHANG 12) und einem Schreiben von Alexander Zach vom 21.4.2005 (ANHANG 13) für die EURO:CONTACT, dass für das Bauprojekt insgesamt € 15 Millionen an EURO:CONTACT bezahlt wurden. Hier fällt die Übereinstimmung mit dem oben genannten Betrag im Zusammenhang mit M5 auf. Es besteht daher der Verdacht, dass von diesen € 15 Millionen zumindest € 11 Millionen auf verschleierte Wege an die SZDSZ und die MSZP ausbezahlt wurden.

d) Andras Gyurk, Viktor Orban, Sandor Lezsak

Wie sich aus anderen Dokumenten ergibt, erfolgten auch Zahlungen an die rechtskonservative, oppositionelle FIDESZ sowie an die ebenfalls oppositionelle MDF.

In einer „To Do-Liste“ der Fa. EURO:CONTACT vom 4.5.04 (ANHANG 8) finden sich folgende Passagen:

*Fidesz:
Zeichen setzen mittels Sponsoring einer Leiste im HirTV bzw. einer FIDESZ-Zeitung; heißt aber noch lange nicht, dass sie Geld nehmen
In den Medien thematisieren, das Vegyépszer und STRABAG gemeinsam als Konsortium für die M6 mitbieten
Infos von Fenyi über das FIDESZ-Mediengeflecht – stimmt, dass der Vegyépszer Eigentümer von HirTV ist? (Nähe HirTV zu FIDESZ offenlegen)
Vegyépszer Autobahn / Orban braucht uns nicht, da Gelder Vegyépszer; Stadtgeld nehmen sie, weil sie anders nicht drankommen würden.
Bis Di. gibt Szemerkenyi bescheid, ob Termin mit Kassenwart möglich
Nagy Andor
Anhänger – OK*

„Orban“ ist offenkundig Viktor Orban, der Parteichef der FIDESZ.

Im oben erwähnten Protokoll, "STRABAG - Gespräche mit Herrn Bodnar (NA Rt.) Puch, Matyi, Elekes (Metrober), Sornlyodi bzw. Mesterhazi am 12 und 13.05.2004", (ANHANG 10), schreibt Alexander Zach:

*FIDESZ
Eine Unterstützung für die FIDESZ Stadtpartei ist gesichert, da ein Projekt mit Erfolg abgeschlossen wurde. Für Kontaktaufnahmen mit FIDESZ hat für den Wahlkampfzeit Herr Orbán den ehem. Außenminister Martonyi benannt. Herr János Martonyi ist „Managing Partner“ der Anwaltskanzlei Baker & McKenzie in Ungarn. Aufsichtsrat der Heti Válasz
Ich schlage vor, daß Herr Jurecka mich zu einem diesbezüglichen Treffen begleitet.*

Am 10.8.2004 mailt Johannes Grill an die Fa. EURO:CONTACT (Zach, Aczel) (ANHANG 11) die neuen „Vereinskonten“. Wie sich aus einem Schreiben vom 14.5.2005 des Vereins Pro Demokracia – Verein zur Förderung der Demokratie in Ungarn ergibt, (ANHANG 14), handelt es sich dabei um die Konten eben dieses Vereines.

Das genannte Schreiben des Vereins ist gerichtet an Sandor Leszak, einen führenden Politiker der MDF und betrifft „Förderungen“ über HUF 15 Millionen

In einem Schreiben vom 18.3.2005 an den Verein Pro Demokracia (ANHANG 15) bezieht sich Andras Gyurk, ein führender Politiker der FIDESZ ebenfalls auf Förderungen in Höhe von rund HUF 12 Millionen.

3. Rechtliche Einordnung

Die oben dargestellten Kontakte zu führenden ungarischen Politikern und Amtsträgern, die Vereinbarungen über umfassende Zahlungen und nicht zuletzt die „Erfolgsmeldungen“ über die Entscheidungen, die im Interesse des STRABAG Konzerns getroffen wurden, begründen den Tatverdacht nach § 307 Abs 1 Z 6 StGB (aF). Da Ungarn mit 1.5.2004 der EU beiträt, kommt ab diesem Zeitpunkt auch § 307 Abs 1 Z 1 StGB (aF) in Frage.

Die ungarischen Regierungsmitglieder sind jedenfalls als „ausländische Beamte“ zu beurteilen (§74 Abs 1 Z 4 c StGB).

Dass Vorteile „angeboten, versprochen oder gewährt“ wurden scheint aufgrund der Unterlagen evident, wobei es auch für den Tatbestand genügt, dass die Vorteile an Dritte (die Parteien!) gehen sollten.

Dass durch die Vorteile „im internationalen Geschäftsverkehr ein Auftrag oder sonst ein unbilliger Vorteil erlangt oder behalten“ werden sollte, ist angesichts der ständigen Bezugnahmen auf Bauaufträge (M5, M6, Krankenhaus, Metrolinien) ebenfalls augenscheinlich. Insbesondere in der Auskunfterteilung über laufende Ausschreibungen, die Hinweise auf notwendige Anbotsanpassungen und die Beeinflussung von Wettbewerbsverfahren liegen eindeutig „unbillige Vorteile“.

Somit bleibt die Frage, ob die Vorteile für die **pfllichtwidrige Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäftes** gewährt werden sollten. Dies wird die Staatsanwaltschaft nach allfälligen weiteren Erhebungen zu beurteilen haben, der Verdacht erscheint jedoch auch insofern gegeben. Neben der Beauskunftung über Ausschreibungen und der Beeinflussung von Wettbewerbsverfahren, liegt Pflichtwidrigkeit nämlich nicht nur bei der Missachtung von Gesetzen vor, sondern auch wenn Ermessensübung nach unsachlichen Beweggründen erfolgt, also etwa wenn der Beamte dem Vorteil einen Einfluss auf seine Entscheidung einräumt, sowie wenn parteilich gehandelt wird, etwa durch bevorzugte oder raschere Abwicklung (Fabrizy, StGB, Rz 5 zu § 304 StGB).

Die Begehung der Taten erfolgte im Inland, da hier sowohl Treffen mit ungarischen Spitzenpolitikern abgehalten wurden, als auch die Zahlungsflüsse gestaltet und veranlasst wurden. Sowohl die Firma EURO:CONTACT als auch die Vereine Liberales Institut und Pro Demokracia hatten soweit ersichtlich ihren Sitz in Wien.

Die Zuständigkeit der angerufenen Staatsanwaltschaft ist daher gegeben.

Es stehen somit unbekannte Täter im Verdacht, ausländischen Beamten für die pflichtwidrige Vornahme oder Unterlassung von Amtsgeschäften, um im internationalen Geschäftsverkehr

Aufträge oder sonst unbillige Vorteile zu erlangen oder zu behalten, Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt zu haben.

Hinsichtlich der Personen Alexander Zach, Zoltan Aczel, Hans-Peter Haselsteiner, Roland Jurecka und David Loidolt scheint ein Beteiligungsverhältnis zu diesen Taten nach § 12 StGB wahrscheinlich.

Der Einschreiter ersucht daher um Beurteilung in strafrechtlicher Hinsicht, sowie darum, über das Ergebnis des Verfahrens informiert zu werden.

Beilagen:

ANHANG 1: Memo vom 5.11.2003

ANHANG 2: Überweisungsbeleg vom 24.11.03

ANHANG 3: Schreiben von Gabor Kuncze vom 27.11.2003

ANHANG 4: Memo vom 30.12.2003

ANHANG 5: Memo über Gespräch mit Minister Csillag am 9.1.2004

ANHANG 6: Memo vom 15.2.2004

ANHANG 7: Schreiben an Haselsteiner von EURO:CONTACT

ANHANG 8: To-Do-Liste vom 4.5.2004

ANHANG 9: Memo vom 7.5.2004

ANHANG 10: MEMO "STRABAG - Gespräche mit Herrn Bodnar (NA Rt.) Puch, Matyi, Elekes (Metrober), Sornlyodi bzw. Mesterhazi am 12 und 13.05.2004", Protokoll vom 17.5.2004

ANHANG 11: E-Mail vom 10.8.2004

ANHANG 12: Schreiben Bauholding 4.4.2005

ANHANG 13: Schreiben von Alexander Zach vom 21.4.2005

ANHANG 14: Schreiben vom 14.5.2005 des Vereins Pro Demokracia – Verein zur Förderung der Demokratie in Ungarn

ANHANG 15: Schreiben vom 18.3.2005 an den Verein Pro Demokracia

Brüssel, 23.September 2008

.....

Dr. Hans-Peter Martin

Abgeordneter zum Europäischen Parlament

